
Wortlaut der Petition

Mit der Petition wird gefordert, in Deutschland eine Kennzeichnungspflicht für digital bearbeitetes und KI-generiertes Bildmaterial - ähnlich wie in Norwegen, Israel und Frankreich, gesetzlich zu regeln.

Begründung

Die Einflussnahme der Sozialen Medien auf das Selbstbild von jungen Menschen ist mittlerweile nicht nur durch zahlreiche wissenschaftliche Studien belegt, sondern auch die jährlichen Erhebungen der DGÄPC und der VDÄPC zeigen einen klaren Handlungsbedarf auf. Durch Verwendung von Filtern und die Bearbeitung von Gesichts- und Körpermerkmalen wird ein surreales, nicht zu erreichendes Schönheitsideal demonstriert, das dauerhaft konsumiert u.a. zu einem verminderten Selbstwert bis hin zu krankhaften Körperwahrnehmungsstörungen (Dysmorphophobie) bei den User*innen führen kann.

Zusätzlich wird durch den verstärkten Einsatz von künstlicher Intelligenz im digitalen Bereich (z.B. KI-generierte Profile bei Instagram) eine Verunsicherung bei jungen, heranwachsenden Menschen verursacht. Daher fordern die drei großen Fachgesellschaften (DGPRÄC, DGÄPC, VDÄPC), die Fachärzt*innen für Plastische und Ästhetische vertreten, eine gesetzlichen Regelung.

Gerade zum Schutz der jungen, vulnerablen Zielgruppe ist eine solche Kennzeichnungspflicht unabdingbar, um teils schwerwiegenden, psychischen Erkrankungen vorzubeugen und diese zu verhindern. Zudem bedienen sich auch unseriöse Anbieter dieser Technologien, um Heranwachsende als „Kunden“ zu gewinnen. Damit würde diese Gruppe auch vor physischen Schäden geschützt.

Die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) unter dem Vorsitz der Senatorin Katharina Fegebank hat die Kennzeichnungspflicht bei Bearbeitung von Bildmaterial in der Werbung und in sozialen Netzwerken (TOP 5.8) mehrheitlich im Jahr 2022 beschlossen. Dieser Beschluss ist bisher auf Bundesebene noch nicht weiterverfolgt worden.

Diese Petition folgt den positiven Beispielen der bereits gesetzlich geregelten Kennzeichnungspflichten aus Frankreich, Norwegen und Israel.

Anregungen für die Forendiskussion
